



W i l d b a d e r T a g b l a t t

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Auslande monatlich 1,75 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckort: Wildbad, bei der Oberamtsdruckerei Rosenburg, Zweigstelle Wildbad. — Verleger: Enzthal auf Söberle & Co., Wildbad; Vorheimer Gewerbeamt Filiale Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklameweile 50 Pf. — Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenerstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenerstellung täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontroversen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeit weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch. Wilhelmstraße 96, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer

Nummer 21

Februar 1932

Mittwoch den 27. Januar 1932

Februar 1932

67. Jahrgang

Finanzpolitische Streiflichter

Auch die Sachkenner haben schon längst warnend auf die „Schere“ hingewiesen, die sich zwischen den Kosten unserer öffentlichen Verwaltung und der sinkenden finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung herausgebildet hat. Am Volkseinkommen gemessen, war die deutsche Steuerlast schon 1925 um 27,1 Prozent über den Vorkriegsstand gestiegen. Sie ist auch seitdem nicht gerade leichter geworden, denn inzwischen haben noch Bürgersteuer, Kräftesteuer und eine ganze Reihe von Steuererhöhungen ihr Gewicht in die Waagschale geworfen. Kein Wunder, daß die Waage nunmehr überkippt!

Für 1932 hat man dem Fiskus böse Überraschungen vorausgesagt. In diesem Jahr wird der Zusammenbruch der Steuerkraft weitester Kreise, der Schwund der Vermögen, die Schrumpfung der Umsätze und Einkommen nunmehr in vollem Umfang sichtbar werden. Keine Notverordnung wird verhindern können, daß die Staatseinnahmen sinken, und der Gebrauch steuerlicher Gewaltmittel würde die Lage, nicht nur für Steuerschuldner, sondern auch für Steuergläubiger, bloß noch verschlimmern. Wohl oder übel wird man daher jetzt endlich auch die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte noch ernstlicher als bisher schon abbauen müssen. Das braucht keineswegs eine nochmalige Kürzung der Beamtengehälter zu bedeuten. Diese primitivste Methode der Sparwirtschaft kann man nur im Rahmen der allgemeinen Lohn- und Preissenkung gelten lassen; sie vermag keineswegs die bisher noch immer vertagte wirkliche Verwaltungsreform zu ersetzen.

Glaubt man, das Volk habe kein Empfinden dafür? Der „Mann auf der Straße“ hat gewiß nicht alle Denkschriften über die Reichsreform, über die Rationalisierung der Verwaltung, über den Finanzausgleich gelesen. Das Bücherwissen erleichtert ihm jedoch der Ertrag seiner praktischen Beobachtungsgabe. So verdrückt es ihn mit Recht, daß unsere nahezu zehntausend Parlamentarier in Reich und Ländern zwar durch das Notverordnungswesen in ihrer Gesetzgebungsarbeit wesentlich entlastet sind, in ihrem Diätenbezug und im Genuß ihrer Eisenbahnfreifahrt aber nichts von dieser Verringerung verspüren. Aus den Diäten der Abgeordneten ist eine Art „politischer Rente“ geworden, die um so mehr Widerspruch erweckt, je weniger die Parlamente wirklich zu arbeiten haben. Wo bleibt die Notverordnung, die den Diätenbezug auf den tatsächlich absolvierten Sitzungstag beschränkt, die auch die freie Fahrt nur noch für die eigentliche Dienstreise zwischen Wohnort und Hauptstadt zuläßt? Zahlenmäßig mag dies alles gewiß nur Bagatelles sein, moralisch aber bestimmt nicht, denn eben die Kluft zwischen Volk und Volksvertretung, durch die Diätenfrage mit verursacht, schwächt den Staatsgedanken empfindlich.

Seitdem St. Bureaokratismus uns diktatorisch regiert, wehlt sich die Parlamente von der tätigen Mitbestimmung aufs Allentheil des reinen Diätenempfangs zurückgezogen, ist das ständig schlimmer geworden. Hierunter leidet das Volk am meisten in der Abgabewirtschaft. Sie drückt uns schon genug, warum dann noch die Nabelstiche besonderer Unbill und wunderlicher Unverständlichkeiten? Man hat lebhafte Bilder von Wohngebäuden in München und Kassel gesehen, die in dieser Zeit des Wohnungsmanövers abgebrochen werden müssen, weil die Besitzer die Abgaben nicht mehr zu zahlen und keinen Käufer zu finden vermögen. Andere Errungenschaften der Wertverwüstung durch wirtschaftsblinde Maßnahmen des Fiskus werden zwar nach außen hin nicht so sichtbar, wirken aber fast noch bösartiger, da sie die Produktionsgrundlagen zerstören, dort nämlich, wo der übermäßige Steuerdruck die Steuerpflichtigen zwingt, um der Geldbeschaffung willen ihre Vermögenswerte zu verschleiern und schließlich aus Mangel an Betriebsmitteln ihre Unternehmungen stillzulegen. Zum Wirtschaftseindlichen der Abgabewirtschaft kommt das greifbar Unlogische ihrer ganzen Struktur hinzu, so etwa jene merkwürdige Weisheit, daß man, wenn man ledig ist, zur Einkommensteuer einen Zuschlag bezahlen, hingegen, wenn man verheiratet ist, fünfzig Prozent mehr Bürgersteuer aufbringen muß. Mal so und mal so! Von anderen Härten, so dem Elend der kautchulartigen „Kann“-Vorchriften, noch zu schweigen! Die Entfremdung vom Staat ist nicht nur Schuld der Regierten.

Einheitsfront

auch gegen die Kriegsschuldfrage!

Es wird uns geschrieben: Die Einheitsfront des deutschen Volks gegen weitere Tributleistungen ist, Gott sei Dank, da; vom Youngplan ist man mächtiglich kuriert. Aber noch fehlt eine andere Einheitsfront, an die uns der berühmte französische Chauvinist Marx in seiner letzten Kammerrede erinnert hat. „Die Reparationen“, erklärte er unter allgemeinem Beifall, beruhen auf der Kriegsschuldfrage, die das Zeichen der Schuld Deutschlands am Weltkrieg ist. Schon aus diesem Grund dürfen die Tribute nicht aufgegeben werden.“

Das lautet ganz anders, als was im November die beiden französischen Gelehrten Camille Bloch und Pierre

Tagespiegel

Wie verlaufen, soll eine Verordnung erlassen werden, wonach Kurzarbeiter nur noch die Hälfte der Bürgersteuer zu zahlen haben wie alle übrigen Arbeitnehmer, deren Einkommen unter der steuerfreien Lohngrenze liegen. Die Kurzarbeiter müßten bisher die vollen Steuerföhe bezahlen, während die Arbeitslosen, deren Bezüge oft höher sind als die der Kurzarbeiter, von der Steuer befreit sind.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, hielt am Dienstag in Düsseldorf im Industrieklub vor Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie einen Vortrag. Da die Presse zu dieser Veranstaltung nicht zugelassen war, konnte über den Inhalt der Ausführungen zunächst nichts gemeldet werden.

Die Nationalsozialistische Partei hat die Beteiligung an der Regierungsbildung in Hessen abgelehnt.

Bei der Auflösung einer kommunistischen Funktionärerversammlung in Altona wurden 12 Personen verhaftet, die in dem Verdacht stehen, hochverräterische Maßnahmen vorbereitet zu haben.

Der Gifforscher Dr. Bornstein aus Hamburg ist in Bad Dönnhausen im Alter von 51 Jahren am Herzschlag, nach anderer Meldung durch Selbstvergiftung bei Proben an sich mit seinen Präparaten (Injulin) gestorben.

Mehrere führende Persönlichkeiten der österreichischen Wirtschaft, unter ihnen der frühere Bundeskanzler Struwwitz, sind zu Besprechungen in Berlin eingetroffen. Die Gäste werden u. a. auch vom Reichskanzler empfangen werden.

Wie Reuter berichtet, kann die geplante Zusammenkunft Mac Donalds mit Laval in dieser Woche nicht mehr stattfinden.

In den spanischen Bezirken Teruel und Huesca sind neue Unruhen ausgebrochen. Truppen wurden abgesandt. Mehrere Kirchen sollen in Brand gesteckt worden sein.

Die Hauptstelle des Jesuitenordens in San Ignacio de Loyola in Spanien ist seit Sonntag geschlossen. Die Ordensmitglieder haben sich zur Abreise nach Belgien bereit gemacht.

Weitere japanische Kriegsschiffe sind nach Schanghai abgegangen. Die Stadt Schanghai ist noch ruhig, doch ist die Lage gespannt. Chinesische Truppen haben sich im Weichbild der Stadt verschanzt.

Zum chinesischen Außenminister ist General Tschening-shu in Nanjing ernannt worden.

In Nanjing explodierte ein Gasolintank mit 15 000 Liter Inhalt. 30 Menschen wurden getötet und verwundet. Man vermutet einen kommunistischen Anschlag.

In Washington beurteilt man infolge des Vorgehens der Japaner die Lage in Schanghai sehr ernst, doch sei vorerst für weitere Schritte Amerikas in Tokio noch kein Anlaß gegeben.

Renouvin behaupteten: Der Artikel 231 sei von Deutschland falsch überlesen und fast von der ganzen Welt falsch verstanden worden. Mit keinem Wort sei darin die Rede von einer moralischen Verantwortlichkeit, oder von einer Beurteilung der deutschen Vorkriegspolitik. Also keine Schuldanklage, sondern nur die Feststellung eines Sachstands, der von dem, der ihn angerichtet hat, wieder gut gemacht werden müsse.

Das ist natürlich ganz falsch. Man lese nach in der Marnenote und ihre amtliche Auslegung des Artikels 231. Man erinnere sich der Worte Poincarés und Lloyd Georges, die genau das Gegenteil sagten. Man lese die Auslassungen des amtlichen „Temps“ seit 1925 bis auf die Gegenwart („Berliner Monatshefte“, Januar 1932). Dort finden wir unter dem 25. September 1927 u. a. die Worte: „Es ist dieser grundlegende Artikel des Friedensvertrags, der Deutschlands eigenes Eingeständnis seiner Verantwortlichkeit und seine sich daraus ergebende Verpflichtung zur Schadenersatzleistung auf Grund der Tatsache in sich schließt, daß der Angriff, zu dem es sich hinreihen ließ, den anderen Nationen den Krieg aufgezwungen hat, — welchen man wieder in Frage stellen möchte, wenn man eine „unparteiische“ Untersuchung der Frage der Verantwortlichkeit des Reichs fordert. Sollte man sich jemals dazu verstehen, dieser Forderung zu entsprechen, so wäre dies gleichbedeutend mit der tatsächlichen Revision des Versailler Vertrags mit allen ihren Folgen nach jeder Richtung hin.“

Das ist der heulige Standpunkt des offiziellen Frankreichs. — Und wir? Unsere Gelehrten haben sich mit den Gelehrten der ganzen Welt alle Mühe gegeben, die Kriegsschuldfrage zu widerlegen. Kein vernünftiger Mensch dieses und jenseits des Ozeans glaubt mehr daran. Nur das amtliche Deutschland mißsam dem Reichstag konnte sich noch nicht zu einem förmlichen und feierlichen Widerruf aufraffen. Hier handelt es sich nicht etwa um eine bloße „Ehrenfrage“. Hier liegt vielmehr die Wurzel alles Übels. Wo weg mit der Kriegsschuldfrage!

Neue Nachrichten

Die englisch-französischen Verhandlungen

Paris, 26. Jan. Ueber die Besprechungen im Auswärtigen Amt mit dem englischen Botschafter Lord Lytton meldet der „Matin“, Lytton habe einen von dem Bevollmächtigten des britischen Schahamits, Leith-Ross, ausgearbeiteten Entwurf vorgelegt, der eine Reparationskonferenz für 30. Juni vorschlägt, auf der ein mehr als einjähriger Moratorium für Deutschland beschlossen werden soll. „Echo de Paris“ teilt mit, in den gestrigen Verhandlungen sei man keinen Schritt vorwärts gekommen. England bestche darauf, daß die Reparationskonferenz eine Regelung auf eine Reihe von Jahren mit vollständiger Unterbrechung der Zahlungen, auch der ungeschätzten, ohne Rücksicht auf die Haltung Amerikas, treffe. Dies sei für Frankreich aber unannehmbar, da dies tatsächlich einer Beseitigung der Tribute gleichkäme. Das äußerste, was Frankreich zugegeben könnte, sei eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr bis 1. Juli 1933 mit den darin enthaltenen Sicherungsbestimmungen. Wenn die britische Regierung wünsche, daß die Konferenz sich mit etwas anderem als der Bestimmung eines Moratoriums für ein oder zwei Jahre beschäftigen solle, dann mögen außer der Tributfrage auch noch andere finanzielle und wirtschaftliche Fragen auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden.

Der polnisch-russische Nichtangriffspakt

Moskau, 26. Jan. Der polnisch-russische Nichtangriffspakt ist gestern unterzeichnet worden.

In Artikel 1 stellen beide Seiten fest, daß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik verzichten und sich gegenseitig verpflichten, sich sämtlicher feindlicher Handlungen zu enthalten, die das Landgebiet und die politische Unabhängigkeit der anderen Seite bedrohen, auch in dem Fall, wenn derartige Handlungen ohne Kriegserklärung und mit Vermeidung aller möglichen Kriegsercheinungen begangen werden.

In Artikel 2 verpflichten sich die beiden Seiten, einem dritten Staat nicht zu Hilfe zu kommen, der eine der vertragschließenden Parteien angreifen würde. Sollte einer der Vertragschließenden einen Antritt gegen einen dritten Staat unternehmen, dann steht dem zweiten Vertragschließenden das Recht zu, den Pakt ohne vorherige Ankündigung zu kündigen.

In Artikel 3 verpflichtet sich jede der beiden Parteien, an keinen Vereinbarungen teilzunehmen, die als der anderen Partei gegenüber feindlich zu bewerten sind.

Laut Artikel 4 berühren die in den beiden ersten Artikeln enthaltenen Verpflichtungen nicht die internationalen Rechte und Verpflichtungen, die aus den von beiden Seiten früher abgeschlossenen Verträgen entspringen, insoweit diese Verträge an sich keine feindlichen Elemente enthalten.

Artikel 5 sieht ein Schiedsverfahren vor, für das ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden soll, der einen festen Teil dieses Nichtangriffspaktes bildet und gleichzeitig mit dem Pakt bestätigt werden muß.

Laut Artikel 6 soll der Nichtangriffspakt möglichst bald bestätigt werden, und der Austausch der Urkunden wird in Warschau 30 Tage nach der Bestätigung vorgenommen.

Nach Artikel 7 wird der Pakt für 3 Jahre abgeschlossen und verlängert sich für zwei weitere Jahre, wenn er nicht 6 Monate vorher gekündigt wird.

Artikel 8 besagt, daß der Pakt in polnischer und russischer Sprache ausgefertigt wird.

Dem schon länger in Vorbereitung befindlichen französisch-russischen Nichtangriffspakt dürfte nun nichts mehr im Weg stehen, nachdem dessen Voraussetzung, der Vertrag Rußlands mit Polen, nunmehr erfüllt ist.

Der russisch-rumänische Nichtangriffspakt ist nach einer Mitteilung des Volkskommissars Litwinow in den Hauptbestimmungen aufgesetzt, jedoch weigert sich Rußland, die Besehung Beharabiens durch Rumänien in dem Vertrag zu erwähnen, damit dies nicht als eine Anerkennung der Besehung durch Rußland ausgelegt werde.

Die englischen „Zollunionen“

Kopenhagen, 26. Jan. Die Zeitung „Politiken“ hatte, wie berichtet, gestern Mitteilungen von einer Unterredung ihres Schriftleiters mit dem dänischen Handelsminister

Jetzt
90 u. 45 Pf. Hier wirkt **Wibron**
Es macht unempfindlicher
gegen Erkältung!

Ormsby-Gors veröffentlicht, wonach die englische Regierung einen neuen Zollplan vorbereite und Zollbündnisse mit verschiedenen Staaten, darunter Dänemark, ins Auge gefaßt habe. Die „Politiken“ muß nun folgendes Telegramm des Ministers aus London bekanntgeben: „Ich lehne völlig die Neuherungen ab, die Sie mir in dem Telefongespräch unterstellt haben, das Sie auf Grund Ihrer telephonischen Anfrage wegen meiner Erklärungen an meine Wähler in Stafford am Samstag gebracht haben. Ich habe kein Gespräch zur Veröffentlichung gegeben, und Ihre Wiedergabe der Unterredung ist nicht richtig.“

Daran knüpft das Blatt die Bemerkung, daß der Minister während der Unterredung keinen Vorbehalt in bezug auf die Veröffentlichung gemacht habe. Das Blatt sagt weiter: „Wir hielten uns daher für berechtigt, seine Äußerungen in Form eines „Interviews“ zu veröffentlichen. Wir meinten, es könnten keine Zweifel darüber entstehen, daß wir den Minister nicht aus Kopenhagen anriefen, um Auskünfte zu unserer privaten Information zu erhalten. Falls sich in der Wiedergabe unseres Telefongesprächs mit London irgend eine Unrichtigkeit eingeschlichen haben sollte, sind wir natürlich bereit, eine Richtigstellung vorzunehmen. Wir haben dem Minister dies mitgeteilt und erwarten nun seine Antwort.“

Zur Aufklärung über den Fall „Ev. Zentralbank“

ep. Anlässlich des Zusammenbruchs der Evang. Zentralbank in Berlin muß, um irreführenden Vermutungen vorzubeugen die Spitze abzubrechen, darauf hingewiesen werden, daß die Evang. Zentralbank eine rein private Genossenschaftsbank ist und mit der evang. Kirche weder organisatorisch noch finanziell noch personell etwas zu tun hat. Auch mit dem Ev. Bünd bestehen keinerlei Verbindungen. Das gleiche kann bezüglich des Württ. Landesverbands der Inneren Mission festgestellt werden. Die Gründung der Evang. Zentralbank erfolgte im Jahr 1923. Weder der Deutsche Evang. Kirchenausschuß noch eine einzige deutsche Landeskirche waren an der Bank irgendwie beteiligt. Auch die Namengebung entzog sich der Einflusnahme seitens der Kirche. Die amtliche Kirche hat jede Empfehlung der Evang. Zentralbank in irgendeiner Form abgelehnt und wahrte von Anfang an strengste Zurückhaltung. Da es sich schon beim Zusammenbruch der Deoheim gezeigt hat, wie verheerend sich die Verwendung des Namens „Evangelisch“ bei Unternehmungen auswirkt, auf deren Arbeit und Geschäftsbearbeitung die evangelische Kirche keinerlei Einfluß hat, trat man kirchlicherseits mit dem Reichsjustizministerium in Unterhandlungen ein zwecks Erreichung eines Rechtsschutzes gegen mißbräuchliche Verwendung der Bezeichnung „Evangelisch“ oder ähnlicher den Anschein kirchlicher Legitimation erweckender Bezeichnungen durch private Unternehmungen. Als die Evang. Zentralbank Ende August 1931 ein Verzeichnis verstand, das den Eindruck erweckte, als ob die Bank mit der evang. Kirche in Verbindung stünde, wurde sie durch Schreiben des Kirchenausschusses ersucht, die zu Mißdeutungen Anlaß gebende Firmierung zu ändern und bei ihren Werbungen und Bekanntmachungen alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als ob die organisierte Kirche hinter der Bank stünde. Selber gibt es bis heute keine Möglichkeit für die Kirche, sich gegen den Mißbrauch des evangelischen Namens für rein private geschäftliche Zwecke zu schützen. Es ist zu hoffen, daß die neuesten Ergebnisse endlich Anlaß geben, durch gesetzliche Maßnahmen diese Mißstände zu beseitigen.

Völkerbundsratsitzung über den mandchurischen Streit

Genf, 26. Jan. Der Völkerbundsrat behandelte heute den japanisch-chinesischen Streit in einer nichtöffentlichen Sitzung, in der die Vertreter Chinas und Japans nicht anwesend waren. Wie verlautet, unterhielten sich die Ratsmitglieder über die Lage in der Mandchurei und das Verfahren, das der Rat unter Umständen angesichts der neuen Verschärfung anzuwenden hätte. Der Vorsitzende des Rats wird im Lauf des heutigen Tags die Vertreter Chinas und Japans gesondert empfangen.

Schwere Zwischenfälle in Chargin

Tokio, 26. Jan. Der Kommandant des japanischen Bahnschutzes der Ostchinesischen Eisenbahn ließ seine Truppen in das Chinesenviertel von Chargin eindringen. 30 chinesische Polizisten und 20 Zivilpersonen sollen getötet worden sein. Außerdem sollen die Truppen den ganzen Stadtteil geplündert haben. Das Vorgehen des Kommandanten entspringt anscheinend der „Verärgerung“ darüber, daß sich die örtlichen chinesischen Truppenbefehlshaber über seinen Kopf hinweg mit dem Gouverneur der Provinz Kirin verständigt haben.

Ueber 1000 Menschen bei den kommunistischen Unruhen in El Salvador getötet?

New York, 25. Jan. „Evening Sun“ berichtet, Privatmeldungen zufolge seien bei den kommunistischen Unruhen in der mittelamerikanischen Republik San Salvador am Samstag im Landesinnern über 1000 Menschen getötet worden. Zahlreiche Bombenanschläge seien auf öffentliche Gebäude verübt worden. Infolge der schlechten Verbindungen mit dem Landesinnern seien nur wenige Einzelheiten bekannt; die Regierung soll jedoch die Lage beherrschen.

Lorenz in chinesischer Außenminister

Peking, 25. Jan. Justizminister Lorenz ist vorläufig an Stelle des zurückgetretenen Ministers Tschen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Außenministers der Nankingregierung beauftragt worden.

Mohammedaner überfallen Hindubücher

Jamma (Kaschmir), 25. Jan. Eine starke Truppenabteilung ist nach Rajouri im Kaschir-Bezirk abesandt worden. Dort haben 12 000 bewaffnete Mohammedaner einige Hindubürger überfallen und geplündert.

Württemberg

Stuttgart, 26. Januar.

Um die Deutsche Reichsbahn. Abg. Dr. Hölscher (Dnat.) hat folgende Kleine Anfrage eingebracht: Nach Presse-Meldungen sollen Bestrebungen bestehen, die Deutsche Reichsbahn an Frankreich auszuliefern, das dafür auf seinen Anteil an den „geschützten“ Tributzahlungen verzichten würde. Die Vertretungen der rheinisch-westfälischen Industrie und andere Wirtschaftsverbände von Rheinland und Westfalen haben bereits eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der dargelegt wird, daß die Reichsbahn unmöglich weiter an der Ausbringung der Tributlasten mitwirken könne, wie es auch der Badener Ausschuß für die „künftigen günstigeren Verhältnisse“ verlangt. Auch für die Tributlasten der Reichsbahn dürfe keine Kompromißlösung zugelassen werden, wenn nicht die vor allem notwendige Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft in Frage gestellt werden solle. Eine Herabsetzung der Bahntarife sei im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft dringend nötig, da sie um 10 Prozent höher als z. B. die belgischen und um 100 Prozent höher als die polnischen seien.

Auch nach unserer Ansicht ist eine weitere Belastung der Reichsbahn durch Tribute, auf deren Wirkungen wir schon bei dem Volksbegehren gegen den Youngplan hingewiesen haben, untragbar. Ist das Staatsministerium bereit, mit allem Nachdruck gegen jeden Plan, die Deutsche Reichsbahn in irgendeiner Form an die Pariser Hochfinanz auszuliefern, Einspruch zu erheben?

Wegen Vorarbeiten für die Elektrifizierung der Strecke Stuttgart—Ulm muß zwischen Reichenbach (Tils) und Ebersbach (Tils) zeitweise einseitiger Betrieb eingerichtet werden. Zu dessen Durchführung müssen vom Montag, 1. Februar 1932 an auf voraussichtlich vier Wochen die nachstehenden Personenzüge früher verkehren: Zug 1454 an Sonn- und Feiertagen (planmäßig Göppingen ab 13.41, Plochingen an 14.15) von Göppingen bis Plochingen vier Minuten. Zug 1456 an Werktagen, ausgenommen Samstags (planmäßig Sößen ab 13.29, Göppingen an 13.45) von Sößen bis Göppingen fünf Minuten. Zug 1224 an Werktagen (planmäßig Göppingen ab 13.48, Plochingen an 14.16, ab 14.26, Stuttgart Hbf. an 15.05) von Göppingen bis Plochingen 6 Minuten.

ep. Opfer am Bußtag. Das Opfer am Landesbußtag, 14. Februar, kommt wie üblich der Evangelischen Studienhilfe zugute. Die Evang. Studienhilfe hat es auch im vergangenen Jahr wieder einer beträchtlichen Anzahl von Schülern ermöglicht oder erleichtert, sich auf das spätere Theologiestudium vorzubereiten. Auch vielen Studierenden der Theologie wäre die Durchführung ihres Studiums ohne Beiträge der Studienhilfe kaum möglich gewesen. Für die Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf die Verwaltung der Studienhilfe auch in diesem Jahr tatkräftiger Unterstützung.

Der Neubau der Ortskrankenkasse im Rohbau fertig. Der Neubau der Stuttgarter Ortskrankenkasse an der Ecke der Militär- und Falkertstraße ist jetzt im Rohbau fertig. Zur Zeit ist man mit dem Innenausbau beschäftigt. Das Gebäude bietet genügend Platz für die Direktion und die Verwaltung und enthält weiter einen Schalterraum, Arztzimmer, chemisches Laboratorium, Königensinstitut, Zahnklinik und Heilbäder.

ep. Ueber 9000 Unterschriften. Für die Bestkundgebung zur Abrüstungskonferenz, mit deutschem Vorbehalt, die von 11 großen Weltorganisationen aufgestellt wurde, sind durch die Gemeindevereine 9133 Unterschriften in den evangelisch-kirchlichen Kreisen der Stadt Heilbronn gesammelt worden. Auch in den Bezirken wurde lebhaft und meist erfolgreich geworben.

Stuttgart, 26. Jan. Erste Sitzung des neuen Gemeinderats. Am Donnerstag, 28. Jan., findet nachmittags die erste Sitzung des neuen Gemeinderats statt. Auf der Tagesordnung stehen neben der Einführung der neugewählten Mitglieder die Neubestellung der gemeinderätlichen Abteilungen, Ausschüsse, Kommissionen, Schulräte usw., ferner die Neuwahl des Bezirksrats sowie kleinere Vorlagen.

Die Gemeinderatswahl-Beschwerde abgelehnt. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat die Beschwerde der Volksrechtspartei gegen die Stuttgarter Gemeinderatswahl verworfen.

Todesfall. Am Sonntag ist Oberbaurat a. D. Karl Reihling im Alter von 76 Jahren gestorben. Durch 44 Jahre hat er dem Land Württemberg im Straßen- und Wasserbau ausgezeichnete Dienste geleistet, bis er 1924 in den Ruhestand trat. — Ebenfalls am Sonntag verschied Sanitätsrat Dr. Hermann Bayha im Alter von 70 Jahren.

Der neue Präsident der Oberpostdirektion. Zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Präsidenten der Oberpostdirektion Dr. Metzger ist nunmehr der bisherige Abteilungsleiter Dr. Metzger, der bisher schon Stellvertreter des Präsidenten gewesen war, vom Reichspräsidenten endgültig ernannt worden.

Frauentag in der „Anahyga“. Einem allgemeinen Wunsche entsprechend wird die Deutsche anatomisch-hygieneische Ausstellung in den Ausstellungshallen auf dem Gewerbehalleplatz an Freitagen nachmittags von 4 Uhr ab ausschließlich für Frauen geöffnet sein. Ab 5.30 Uhr finden ärztliche Führungsvorträge durch die Lehrkräfte, aus 2000 Modellen und Präparaten vom gesunden und kranken Menschen bestehende Sammlungen statt. Ab 4 Uhr haben an Frauentagen Herren keinen Zutritt.

1600 Abiturienten in Württemberg. Zur Zeit finden in Württemberg an den höheren Lehranstalten die Reifeprüfungen statt. Wenn alle Prüflinge bestehen, werden im Frühjahr 1600 Abiturienten und zwar 1300 männliche und 300 weibliche, von den höheren Schulen abgehen. Mit dieser Zahl bleibt Württemberg hinter dem Reichsdurchschnitt, der in Württemberg 1800 betragen müßte, erheblich zurück.

Jungschlachtertagung. Die Vereinigung der Jungschlachter- und Installationshandwerks hielt hier ihre 3. Generalversammlung ab, bei der über Ziele und Zwecke der Jungschlachterbewegung gesprochen wurde. Der Tagung wohnten auch Handwerkskammerpräsident Rebmann und der Landesverbandsvorsitzende der Flaschnermeister Württembergs, Otto Göbel, bei.

Redeverbot gegen Dr. Wolf. Wie die in Mannheim erscheinende kommunistische „Arbeiterzeitung“ mitteilt, wurde gegen den Stuttgarter Arzt Dr. Wolf anlässlich einer in Freiburg i. Br. geplanten Versammlung ein Redeverbot ausgesprochen. Wolf ist bekanntlich in die Stuttgarter Abtreibungsangelegenheit verwickelt.

Vom Tage. In einem Haus der Söckelstraße wurde ein 30 J. a. Mann erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Aus dem Lande

Jagenhausen O. Stuttgart, 26. Jan. Feuerbach-Korrekturen. Der Gemeinderat Jagenhausen hat beschlossen, eine Korrektur des Feuerbachs durchzuführen. Der Bau der Anlage ist der Fa. C. Baresel-Stuttgart übertragen worden. Der Kostenvoranschlag beträgt 56 000 M. und wird vom Staat, sowie von den beteiligten Gemeinden getragen. Mit dem Bau soll noch im Lauf des Monats begonnen werden.

Bürg. O. Reckarsulm, 26. Januar. Schwer verunglückt. Am Sonntag abend verunglückte ein des Fahrers noch nicht kundiger Motorradfahrer mit seinem Motorrad. Beim Sturz trug er einen doppelten Schädelbruch davon. Außerdem erlitt er einen Kieferbruch.

Ellwangen, 26. Jan. Der Prozeß Zöpprih. Am 27. Januar beginnt vor der großen Strafkammer des Landesgerichts Ellwangen der Strafprozeß gegen Dr. Rudolf Zöpprih. Nicht weniger als 40 Zeugen vom In- und Ausland sind zu diesem Riesenprozeß geladen. Der Angeklagte hat im Jahr 1929 durch gefälschte Bilanzen den Stand seiner schon lange mit Verlust arbeitenden Firma als gut dar-

Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von Paul Gräbein.

Copyright 1930 by Romandienst „Digo“, Berlin W 30.

10. Gesangung.

Stadtdruck vorbören.

Wigand blieb am Rande der Dichtung neben dem Kollegen, der dort sein „Lazarett etablieren“ wollte, wie er scherzte. Mit einer gewissen stumpfen Gleichgültigkeit blickte Jörg den drei Herren zu, wie sie die Distanz abschritten. Sein Auge streifte unwillkürlich auch einmal den Gegner; er stand drüben mit seinen Freunden anscheinend sorglos plaudernd, die Zigarette im Munde, die Hände nachlässig in den Taschen des eleganten Pelzes. Jetzt klang sogar sein helles, etwas herausforderndes Lachen herüber. Sonderbar! Es erregte Wigand nicht. Er betrachtete mit einem Male den andern so ruhig, so leidenschaftlos, als ob sie nie Feinde gewesen wären. Ja, es kam ihm plötzlich fast lächerlich vor, daß sie sich in der nächsten Minute die eiserne Mündung auf die Brust richten sollten. Sich schießen — töten — war es nicht eigentlich eine Berrücktheit, eine widerliche Brutalität für zwei Kulturmenschen?

Wigand ärgerte sich selbst über diese völlige Gleichgültigkeit; er wünschte, daß jetzt wieder jene wilde Kampfstimmung über ihn kommen möchte wie vorgestern auf dem Ball — aber so etwas ließ sich nicht künstlich erzeugen. So wandte er denn seine Blicke auf den Doktor neben ihm, der jetzt die blinkenden Sonden, Pinzetten, Watte und Bänder auf einem frisch gewaschenen Leinwandtuch auf dem Baldubaden ausbreitete. Mechanisch folgte Jörgs Blick seinen Bewegungen. Der plötzlich aufsteigende süßliche, widerwärtige Geruch von Jodoform und Karbol löste mit ei-

nem Male verblaßte Erinnerungsbilder in ihm aus: aus der Studentenzeit, wo er manchmal auf der Mensur gestanden hatte. Ja damals! Das war anders gewesen — ein frisch-fröhlicher Strauß mit schneidigem Draugehen! Aber hier — dieses heimtückische Glücksspiel mit der Kugel, wo der gemeinste Schuft und Feigling einen Hektules abtun konnte? Ein wenig nobles Geschäft! Da konnte keine Kampf- freude über den Mann kommen.

Sein Auge richtete sich unwillkürlich wieder auf die drei da drüben. Sie waren dabei, die Pistolen zu laden. Ein Rud durchfuhr ihn. Nun wars gleich so weit, nur vielleicht eine flüchtige Minute noch. Und wieder durchfuhr sein Hirn: Vielleicht die se h t e.

Ursula! — Mit einem Male stand ihr süß-banges Antlitz wieder vor seiner Seele, ein aufbrauendes Weh durchflutete seine Brust. Wie namenlos er sie liebte — dieser Augenblick lehrte es ihn. Nein — er konnte nicht so von ihr gehen! Und rasch riß er seine Brusttasche heraus, auf eine Visitenkarte warf er einige Worte, aber ein Vermächtnis seiner unsagbaren tiefen Liebe.

So, nun war er wieder ruhig — nun mochte kommen, was da wollte. Und schon begann das ernste Spiel.

„Meine Herren — bitte, auf Ihre Plätze!“

Räsig warf Alfred Drenck seine Zigarette weg, zog den Pelz aus und folgte der Aufforderung des Unparteiischen. Gleichzeitig nahm Wigand seine Stellung ein. Fest ballte sich seine Hand um den Kolben der Pistole, die der Sekundant ihm reichte.

„Meine Herren, es ist meine Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Sie im Begriff stehen, eine strafbare Handlung zu begehen. Ich fordere Sie daher noch ein-

mal auf, sich zu versöhnen — zum ersten — zum zweiten — zum dritten!“

Zum erstenmal blickten sich jetzt in dieser Sekunde die Gegner ins Auge — beide, fest, mit kalten Mienen, einen Zug hochgespannter Energie um die Mundwinkel. Es erfolgte keine Antwort von ihnen.

Der Unparteiische hatte dies natürlich auch nicht anders erwartet; es war ja nur eine leere Form gewesen, der er genügen mußte.

„Der Versöhnungsversuch ist erfolglos gewesen. Mechanisch hoben die Gegner ihre Waffen.“

„Eins“ — der Drücker ging Wigand wie von selbst los, ein heller, peitschender Knall, eine kleine Rauchwolke vor seinen Augen, die Rechte mit der Waffe sentke sich mechanisch, und währenddessen ein nervenspannendes Warten auf den Schuß des Gegners — aber er erfolgte nicht. Was war das?

Durch den sich verteilenden Rauch drang Wigands Blick: Da drüben taumelte Alfred Drenck eben in die Arme seines herzuspringenden Sekundanten.

Mein Gott! —

Wie gebannt blieb Wigand stehen und starrte auf die Gruppe da drüben: Jetzt war der Arzt da; sie legten den Verwundeten auf die Erde, und da — ein Husten, Köcheln! — da rieselte ein heller, kleiner Bluffstrom aus dem Munde Drencks, dessen Antlitz plötzlich wachsbleich geworden war — die Besinnung hatte ihn verlassen.

Ein Lungenschuß — ein tödlicher? Wigand wollten die Knie zusammenbrechen. „Nein, nein — nur das nicht?“ schrie es in ihm. „Das hab' ich ja nicht gewollt!“

(Fortsetzung folgt).

gestellt und damit hohe Kredite von mehreren Banken des In- und Auslands erlangt. Auch hat er Außenstände, die er einer Gläubigerin abgetreten und für diese einzuziehen hatte, zum Vorteil seiner Firma eingezogen. Der Schaden wird auf drei Millionen geschätzt. Ueber die Liquidation der Kommanditgesellschaft Jöpprich wurden langwierige Verhandlungen geführt. Es kam schließlich zu einem Vergleich, bei dem im wesentlichen die kleinen Gläubiger ganz befriedigt, die großen mit 30 Prozent abgefunden wurden. Das Konsortium der Hauptgläubiger übernahm die Fabrik unter Schaffung einer AG. Die Familie Jöpprich wurde vergleichsmäßig abgefunden. Dr. Jöpprich selbst ist heute im wesentlichen vermögenslos. Für die Dauer des Prozesses sind drei Wochen in Aussicht genommen. Die Anlagenschrift umfaßt 150 Seiten.

Eßlingen, 26. Jan. Töblicher Betriebsunfall. Der in einer mechanischen Wagnerei hier beschäftigte 20 J. a. Karl Bengelbach von Rohrau wurde abends von einem Hauptriemen erfasst und so unglücklich beiseite geschleudert, daß der Tod sofort eintrat.

Kemmeten OÄ. Döhringen, 26. Jan. Motorradunfall. Am Sonntag stürzte Johann Ott von hier außerhalb des Ortes auf ungeklärte Weise mit seinem Motorrad und erlitt schwere Verletzungen. Glücklicherweise wurde er sofort aufgefunden.

Tübingen, 26. Jan. Neue Wahlordnung der Studentenschaft. Mit überwältigender Mehrheit (rd. 1000 Ja, 88 Nein, 11 Enthaltungen) wurde am Montag in einer außerordentlichen Studentenvollversammlung die neue Wahlordnung angenommen. Die Sitze werden auf zwei Semester vergeben, die Zahl der Ämtervertreter auf 24 herabgesetzt, jedes Semester davon zwölf neu gewählt. Jede Unterteilung nach Fachschaft wird beseitigt. Gewählt wird nach dem Listenwahlssystem. Der Beschluß der Studentenschaft soll sofort dem Kultusministerium mitgeteilt und dabei um die Genehmigung nachgesucht werden, damit der Ämter für das Sommersemester 1932 bereits nach der neuen Wahlordnung gewählt werden kann.

Kanz OÄ. Herrenberg, 26. Jan. Vom eigenen Wagen überfahren. Am Montag mittag verunfallte Johannes Schäufele und sein Sohn schwer beim Abfahren von Hopfenstangen. In einem engen Schloß der Wägensteige konnte infolge Versagens der Bremse der Wagen nicht mehr angehalten werden, und beide wurden von dem beladenen Wagen überfahren. Zu allem Unglück mußten sie fast eine Stunde liegen bleiben, bis auf ihre Hilferufe hin Leute im Feld auf sie aufmerksam wurden und sie heimbringen konnten. Der Vater, dem die Räder über Brust, Arm und Bein gingen, liegt nun in der Tübinger Klinik schwer darnieder. Der Sohn kam mit einem Knöchelbruch davon.

Steinweiler bei Aeresheim, 26. Jan. Brand. In der Nacht auf Montag ist von dem aus Wohnhaus mit Schankwirtschaft, Stall und Scheuer bestehenden, an der Straße nach Heidenheim gelegenen Anwesen Nr. 6 des Wirts Uhl Stall und Scheune abgebrannt. Das Wohn- und Gastwirtschaftsgebäude wurde beschädigt, aber gerettet. Das Vieh und fast sämtliche Fährnis in den abgebrannten Gebäuden sind geborgen. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

Bon der Keutlinger Alb, 26. Jan. Man muß sich zu helfen wissen. Daß auch die Zahnärzte die wirtschaftliche und finanzielle Not des Volkes zu spüren bekommen, zeigt folgender Fall. Hat da ein biederer Kleiderzahnarztmergen und kommt zu der Ueberzeugung, daß der Zahn entfernt werden muß. Der Mann geht zum Nachbar, einem Flaschner, sucht sich die geeignete Beißzange aus und nimmt die Operation eigenhändig vor. Ein Glück für unsere Zahnärzte, daß es auch noch wehleidigere Menschen gibt.

Tübingen, 26. Jan. Von der Universität. Auf die durch den Weggang des Professors Dr. Schirmer nach Berlin erledigte Professur für englische Sprache und Literatur an der Universität Tübingen ist Professor Dr. Hittmair an der Technischen Hochschule in Dresden berufen worden.

Biefelsberg, OÄ. Neuenbürg, 26. Jan. Leichensund. Die seit dem 17. Januar als vermisst gemeldete 27jährige Näherin Berta Reck ist inzwischen als Leiche zwischen Liebenzell und Monbach aus der Nagold gezogen worden. Das Mädchen hat freiwillig und aus nicht bekannten Gründen den Tod gesucht.

Mehstetten OÄ. Balingen, 26. Jan. Unglücksfall. Die Ehefrau des Müllers Albert Weismann wollte Futter schneiden. Kaum hatte sie den elektrischen Anlasser gezogen, als sie schon die Messer der Futterschneidemaschine am rechten Arm erfassten, der übel zugerichtet wurde. Man überführte die Frau in die Klinik nach Tübingen. Es ist zu hoffen, daß der Arm erhalten bleibt.

Göppingen, 26. Jan. Todesfall. In Stuttgart starb der frühere Oberamtspfleger Jakob Scheer. Der Verstorbene wurde von seiner Heimatgemeinde Kleinsiedlingen im Jahr 1890 zum Schultheißen gewählt. 1907 wurde er Oberamtspfleger in Göppingen. Als solcher war er bis zum Jahr 1926 tätig, wo er in den bleibenden Ruhestand trat.

Göppingen, 26. Jan. Bestohlene melden sich. Durch den in der letzten Woche in der Krone in Ottenbach v. rüben und aufgeklärten Einbruchdiebstahl sind jetzt noch drei weitere in Bauernhäusern begangene gleiche Straftaten aufgedeckt worden. Dem Täter fiel jeweils Geld in die Hände. In einem Fall beläuft sich der entwendete Betrag auf über 100 Mark. Die Annahme, daß für diese Einbrüche der gleiche Täter in Betracht kommt, wie in der „Krone“, hat sich jetzt nicht bestätigt, da der in Untersuchungshaft befindliche 19 J. a. Edgar Zeller die Straftaten hartnäckig bestreitet. Dagegen konnte er für einen weiteren in seiner früheren Heimat Neuningen bei Weissenstein begangenen schweren Diebstahl, bei dem ihm ebenfalls Geld in die Hände fiel, überführt werden.

Ulm, 26. Jan. Vom Gemeinderat. Die gestrige Sitzung des Gemeinderats beschäftigte sich in der Hauptsache mit Preisverhandlungen und der Frage der Errichtung der Baubehörde. Auf dem Platz vor dem Rathaus sammelten sich wiederum politisch radikale Elemente des linken und des rechten Flügels an. Es mußte ein großes Polizeiaufgebot und ein Ueberfallkommando, das in Kraftwagen anrückte, aufgeboden werden, um die Zusammenrottungen zu zerstreuen. Der Gesamtaufwand für die Errichtung der neuen Donaubrücke wird mit 1,4 Mill. angegeben. Die Reichsbahnverwaltung trägt an den Kosten nach Abrechnung der Kosten für die Rampen 50 Prozent. Die Stadt wäre, so nach mit 940 000 Mark be-

teiltigt. Nach langer Aussprache fand sich eine Mehrheit für die Ausführung unter dem Vorbehalt, daß die Finanzierung keine Schwierigkeiten macht. Es wurde beschlossen: den Wasserzins in bisheriger Höhe zu belassen und die Ersparnis an den Gehältern aus dieser Rubrik dem Gaswerk zuzuführen und den Gaspreis von 20 auf 19 Pfennig zu ermäßigen. Der Ausfall beträgt etwa 60 000 Mark. Der Kokspreis wird um 20 Pfg. ermäßigt. Der Ausfall beträgt hier 21 000 Mark. Er ist aber durch die Senkung der Kohlenpreise etwa wieder gedeckt. Für Gas wird außerdem versuchsweise ein Staffeltarif eingeführt, bei dem der Mehrverbrauch bei Ueberziehung einer bestimmten Gruppe nur mit 10—12 Pfg. für den Kubikmeter berechnet wird. Beim Elektrizitätswerk betragen die Einsparungen 98 960 Mark. Die Preisermäßigungen bewegen sich zwischen 1 und 2 Pfg. für das Kilowatt und erreichen den Betrag von 105 000 Mark als Benigerinnahme. Bei der Straßenbahn bleibe es bei dem bisherigen Normalpreis von 20 Pfg. Auch die Tier-Hefste behalten ihren Preis, doch wird versuchsweise auf Kurzstrecken von 2 Weichenstellen ein Fahrpreis von 10 Pfennig festgelegt. Man hofft, den Ausfall von 50 000 Mark hauptsächlich auch durch bessere Benützung hereinzubringen, denn die Straßenbahn hat ohnedies schon ein Defizit von 200 000 Mark.

Aulendorf, 26. Januar. Zur Landtagswahl. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei wurde Landtagsabg. Anton Arnold-Schuffenried als Spitzenkandidat für alle Bezirke des 11. Wahlkreisverbandes aufgestellt. Zugleich wurde beschossen, beim Landesvorstand zu beantragen, Arnold an aussichtsreiche Stelle auf die soz. Landesliste zu setzen.

Die Frage der Döfledlung. Am Samstag hatte sich hier eine stattliche Zahl von ernstlichen Siedlungsbewerbern eingefunden, um von Bauernsekretär Huber in Ravensburg, Caritasdirektor Dr. Straubinger aus Stuttgart und dem Geschäftsführer des kath. Siedlungsdienstes in Berlin, Dr. Wizinger, über die praktischen Siedlungsmöglichkeiten aufzuklärt zu werden. Im Rahmen des kath. Siedlungsdienstes in Stuttgart, sowie im Einzelnen mit dem oberwäh. Bauernsekretariat Ravensburg soll die Gemeindeförderung Wilhelm Bauhnert, die hauptsächlich für jüngere Siedler gedacht ist, gefördert werden.

Saulgau, 26. Jan. 70 Jahre alt. Am 26. Januar begeht der Dekan des Saulgauer Kapitels, Pfarrer Bud in Emmetach, seinen 70. Geburtstag. Er wirkt in Emmetach seit 33 Jahren lehrreich als Pfarrer. Von 1920 bis 1924 war er Kammerer, seit 1924 steht er an der Spitze des Kapitels Saulgau als Dekan.

Ravensburg, 26. Jan. Meineid. Das Schwurgericht hat den ledigen Friseur Hugo Müller von Fischbach wegen Meineids in einem Unterhaltsprozeß zu 1 Jahr Zuchthaus und die ledige Fabrikarbeiterin Elise Weber von Langengen wegen Meineids unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Heidenheim. Raubüberfall. In der Nacht auf Montag wurde in der Bergstraße in der Nähe der Harmonie ein Mann mittleren Alters von zwei jungen Leuten überfallen und in gewalttätiger Weise seiner Uhr und des Geldes beraubt.

Aus Bayern, 26. Jan. Ein Totengräber verkauft Grabsteine. Der Totengräber Edbauer wurde vom Gericht in Straubing wegen fortgesetzten Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte alte, der Friedhofverwaltung gehörige Grabsteine lange Zeit hindurch verkauft und sich auf diese Weise eine nette Summe Geld verdient.

Lokales.

Wildbad, den 27. Januar 1932.

Hausfrauenverein Wildbad. Wir wollen nicht unterlassen, nochmals die Mitglieder des Hausfrauenvereins auf den heute Abend stattfindenden Vortrag aufmerksam zu machen, bei dem eine Anzahl Konfervendosen zur Verlosung kommen. Der Vortrag findet im Hotel „Traube“ statt.

Sitzung des Gemeinderats am 26. Januar 1932.

Wohl in Anbetracht des ersten Punktes der Tagesordnung konnte in der gestrigen Gemeinderatssitzung eine zahlreiche Zuhörerschaft festgestellt werden, es aber aus Mangel an Stühlen an Sitzgelegenheit fehlte; dieser Uebelstand sollte in Zukunft möglichst vermieden und Abhilfe geschaffen werden. Der Amtsdienster machte darauf aufmerksam, daß Jugendliche unter 20 Jahren den Sitzungsraum zu verlassen haben, worauf auch einige junge Leute den Saal verließen.

Anwesend: Vorführender, 15 Mitglieder und 35 Zuhörer.

1. Freiwilliger Arbeitsdienst. Der Vorführende gab zu diesem Punkte längere Ausführungen. Er führte aus, daß das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland sich schon seit mehreren Wochen bemüht, den freiwilligen Arbeitsdienst einzurichten; ebenso mache das Arbeitsamt Pforzheim alle Anstrengungen, um den freiwilligen Arbeitsdienst in den größeren Orten des Bezirks Neuenbürg einzuführen. Nach Vorarbeiten in der vorigen Woche fand am Montag eine Versammlung in Neuenbürg statt, die von maßgebenden Persönlichkeiten besucht war und in der Direktor Schnaitmann und Bürgermeister Neuhäus, Birkenfeld, in welcher Gemeinde der freiwillige Arbeitsdienst eine gute Aufnahme gefunden hat, ihre Ansichten und Erfahrungen in dieser noch neuen Sache darlegten. Der freiwillige Arbeitsdienst bezweckt in der Hauptsache, die jungen Leute zeitweise einer neuen Arbeit zuzuführen. Bei der Durchführung des Arbeitsdienstes spielen die sogenannten Betreuungsmassnahmen keine geringe Rolle. Die Teilnahme ist, wie schon der Name sagt, eine freiwillige, Träger der Arbeit ist die Stadtgemeinde, an deren Stelle können auch Vereine treten, wenn Arbeiten ausgeführt werden, wie z. B. der Bau einer Turnhalle durch einen Turnverein. Träger des Dienstes der Betreuung ist das Heimatwerk in Stuttgart; die Gemeinde kann aber auch selber die Betreuung in die Hand nehmen. Teilnehmen an der Arbeit können Krisen- oder Arbeitslosenunterstützung beziehende Personen, aber auch ein kleiner Prozentsatz junger Leute unter 20 Jahren, die bisher noch nicht unterstützungsberechtigt sind. In Betracht kommen freiwillige zusätzliche Arbeiten, die wegen Mangel an Mitteln von der Stadtgemeinde selber nicht durchgeführt werden können; jede Arbeit muß vom Landesarbeitsamt genehmigt sein. Es dürfen nur Arbeiten durchgeführt werden, die das öffentliche Gemeinwohl nicht schädigen. Die eigentliche Arbeitszeit beträgt sechs Stunden; die übrige Zeit dient der geistigen und körperlichen Erleichterung. Die Entlohnung ist eine gleichmäßige für alle; sie

beträgt 2 Mark pro Arbeitstag und wird wie auch die Versicherungsbeiträge vom Arbeitsamt Pforzheim geleistet. Die Stadtgemeinde hat lediglich die Beiträge für die Unfallversicherung zu tragen; außerdem steht es ihr frei, einen freiwilligen Beitrag zu leisten, der auch in Form eines Mittagessens bestehen kann. Während der Dauer des freiwilligen Arbeitsdienstes fällt die tägliche Meldung bei der Kontrolle bzw. das Stempeln weg. Der Vorführende führte aus, es frage sich jetzt, ob in Wildbad der freiwillige Arbeitsdienst eingeführt und was für Arbeit ausgeführt werden soll. Auf den Aufruf in den hiesigen Zeitungen hin haben sich bis jetzt schon 66 Arbeitslose gemeldet; in Betracht kommen vorläufig 40—50 Personen mit circa 1000—2000 Arbeitstagen. Der Vorführende stellte weiter die Frage, was kommt bei der Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes für die Stadt herein? In erster Linie für den Tag 2 Mark, das sind 12 Mark in der Woche; weiter können diejenigen beschäftigt werden, die wegen Jugendlosigkeit noch keine Unterstützung bekommen oder bald ausgesteuert werden. Den moralischen Moment dürfe man nicht außer Acht lassen; das ganze sei eine Fürsorge für die Jugend; man müsse für die jugendlichen Erwerbslosen etwas tun, man müsse sie wieder aufrichten. Was die sogenannte Betreuung anbelangt, die aus Vorträgen, Ausflügen, Beschäftigung von industriellen Anlagen, Ausübung von Sport usw. bestehen wird, so meinte der Vorführende, wird es an der nötigen Hilfe in Wildbad nicht fehlen. Er werde die in Betracht kommenden Herren zu einer Besprechung einladen; Herren aus Pforzheim von der Volkshochschule haben sich bereits freiwillig gemeldet. Für den freiwilligen Arbeitsdienst in Wildbad in Betracht kommende Arbeiten seien in erster Linie Verbesserung der Badwege, so soll ein Weg im Waldteil Wanne mit einem Aufwand von 4 350 Mark und ein Weg bei der Fünfwegescheide mit einem Aufwand von 3 754 Mark verbessert werden; von der Stadt selber können diese Arbeiten bei den jetzigen Verhältnissen nicht gemacht werden. Der Vorführende empfahl, seinen Antrag, der die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes in Wildbad verspricht, zuzustimmen. Er sei überzeugt davon, daß etwas gutes damit geschaffen wird; in Birkenfeld habe er sich gut eingeführt und es wäre eine Dummheit von Wildbad, wenn es den freiwilligen Arbeitsdienst nicht einrichten würde. Schon nach kurzer Zeit würde sich zeigen, wie überall, daß die Einführung im Interesse der jugendlichen Arbeitslosen liege. Der Vorführende verteilte sodann seinen Antrag, der 1. die Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes vorsieht; eine Kommission, bestehend aus dem Vorführenden, den beiden Ortsgeistlichen und einigen Stadträten wird die Sache in die Wege leiten, 2. als Arbeiten werden die Verbesserungen des Süßweges in der Wanne und des verbreiterten Weges bei der Fünfwegescheide bestimmt; 3. die Betreuung übernimmt die Stadtgemeinde; 4. die Stadtgemeinde zahlt die Beiträge für die Unfallversicherung und einen freiwilligen Betrag von 25 Pfennig pro Tag, oder ein Mittagessen in der Suppentüche. — Es legt nun eine umfangreiche Aussprache ein, in der Stadtrat Böttelstedt, daß zu den Vorarbeiten nur Herren aus den Unternehmerkreisen und keine Vertreter der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften hinzugezogen wurden; er bemängelt weiter die Lohnhöhe und fragt nach den Anträgen, die schon jetzt Jahren gestellt wurden, z. B. Verbesserung der Rennbachstraße; er stellt zum Schluß seiner Rede den Antrag auf Vertagung. — Stadtrat Waidelich schließt sich seinem Vordränger an und tadelt, daß der Vorführende nicht, wie es Bürgermeister Neuhäus in Birkenfeld gemacht habe, vorher in einer Versammlung mit den Erwerbslosen Rücksprache genommen habe. — Der Vorführende entgegnet, daß die Verbesserung der Rennbachstraße für den freiwilligen Arbeitsdienst nicht genehmigt werde; diese könne nur als Kostfahndarbeit durchgeführt werden. — Stadtrat Schanz begrüßt die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes; man solle sorgen, daß die Leute Arbeit bekommen; er erinnert an den Sprossenhäuser Ortsweg, der auf diese Art auch vielleicht hergestellt werden könnte. — Die Einführung wird weiter begrüßt von den Stadträten Stephan, Frischke, Klose und Pfau; der Aufruf sei freudig aufgenommen worden, das belege die Meldung von 66 Personen; man müsse es unterstützen, wenn Geld nach Wildbad komme; für unsere Jugend sei die Einführung im Augenblick ein unbedingtes Erfordernis; die Jugend fühle sich unter dem Druck der Arbeitslosigkeit nicht wohl und würde dadurch vielfach dahin getrieben, wo sie nicht hingehöre; wenn andere Orte den Arbeitsdienst einführen, sollen wir es auch tun. — Stadtrat Waidelich weist darauf hin, daß bei den Arbeitskräften Mangel an Kleidern und Schuhen bestehe, um Waldarbeiten auszuführen, was aber von anderer Seite in diesem Maße bestritten wurde. — Nach einer Bemerkung von Stadtrat Böttelstedt erklärt Stadtrat Frischke den Vorführenden, öffentlich zu erklären, daß kein Mitglied des Gemeinderats an der Versammlung in Neuenbürg teilgenommen hat, was der Vorführende dann auch bestätigt. — Stadtrat Huzel findet nichts, das ihn abhalten könne, für die Einführung zu stimmen; nur bezüglich der Betreuung hat er Bedenken, ob hier nicht politische Persönlichkeiten die Sache ausnützen würden. Er stellt ferner fest, daß zwischen den Bewohnern von Wildbad und den Parzellen kein Unterschied gemacht werden darf; der Unterschied existiere rechtlich nicht. Der Vorführende erwidert, daß politische Vorträge nicht gehalten werden dürfen. — Nach kurzen Bemerkungen des Stadtrats Kueß läßt der Vorführende zuerst über den Vertagungsantrag der Stadträte Böttelstedt und Waidelich abstimmen. Der Antrag wird mit allen gegen drei Stimmen (Böttelstedt, Waidelich, Huzel) abgelehnt. Der Antrag des Vorführenden, Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Die Stadträte Böttelstedt und Waidelich sind an und für sich nicht gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern bezweckten mit ihrem Vertagungsantrag eine vorherige Fühlungnahme mit den Erwerbslosen. — Der Vorführende gab zum Schluß seiner Befriedigung über die Annahme seines Antrags Ausdruck.

2. Holzhauerakkord. Zwei kleinere Holzhauerakkords, unterzeichnet von Vertretern der Holzhauer und des Forstamts, wurden genehmigt. Die Löhne betragen 1.—3. Klasse 1,20 Mark, 4.—6. Klasse 2,20 Mark; bei Schlägen 2,90, 2,60, 2,30 Mark; für das Anrücken 1 Mark pro Festmeter. Der Akkord enthielt weiter noch den Lohnpreis für Stangen.

3. Sonstiges. Holzverkäufe bzw. Reitschlagverkäufe wurden genehmigt, ebenso der Verkauf von 200 Festmeter Förchenholz 1. Klasse zu 60% der Lage an eine auswärtige Firma, abzüglich 3% Skonto bei Barzahlung; letzterer Verkauf mit allen gegen zwei Stimmen (Böttelstedt und Waidelich). Stadtrat Frischke wünscht baldige Vorlegung des Waldvoranschlags, der früher schon vor Weihnachten erfolgt sei. Der Vorführende schildert die Schwierigkeiten, die diesem Wunsche entgegenstehen, verspricht aber baldige Berücksichtigung. — Die Anfrage von Stadtrat Böttelstedt nach der Ab-

